Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band:** 7 (1927-1928)

**Heft:** 12

**Artikel:** Sozialismus für unsere Generation

Autor: Walter, Ernst

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-329694

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

65% der zürcherischen Fabriken gewährten ihren Arbeitern in jenem Jahre Ferien, und 58% von diesen genossen sie. — In der gesamten Textilindustrie (Industriegruppen I—VI) zählten wir damals 241 Fabriken mit 24,307 Arbeitern. Bon den ersteren gewährten 62,6% und von den letzteren erhielten 57,9% Ferien. In der Bekleidungsindustrie betragen diese Berhältniszahlen 66,4 beziehungsweise 51,7 und in der Metall= und Maschinenindustrie (Industriegruppen XIV und XV) 56,4 beziehungsweise 56,0%.

Das Recht auf Ferien kann für die vom Fabrikgesetz erreichten Arbeiter nur auf eidgenössischem Boden geregelt werden, sei es durch eine Revision des erwähnten Gesetzes oder durch den Erlaß einer besons deren Novelle. Für die übrige Arbeiterschaft ist der Weg über die kanstonale Gesetzgebung noch frei, dagegen dürfte es sich empsehlen, auch hier für die ganze Schweiz einheitliche Grundsätze aufzustellen, wozu das schon längst fällige Gewerbegesetz den Anlaß bieten dürfte.

## Sozialismus für unsere Generation.

Bon Ernft Balter.

In der britischen Arbeiterbewegung häufen sich in letzter Zeit die Strömungen und Unterftrömungen. Bon den seltsamen Bestrebungen für einen "Industriefrieden" war im diesjährigen Märzheft der "Roten Revue" schon die Rede. In der zweitletzten Juniwoche haben die Genossen James Maxton, Präsident der Unabhängigen Arbeiterpartei, und Alfred Coot, Sekretär des Bergarbeiterverbandes, ein gemeinsam unterzeichnetes Manifest herausgegeben, das sich nicht nur gegen die Haltuna gewisser Gewertschaftsführer wendet, fapitalistenfreundliche sondern eine ebenso scharfe Attacke gegen die Führung der Arbeiterpartei reitet. Unter diesen Umständen kommt dem Wahlprogramm der britischen Arbeiterpartei (Labour Party), das am 7. Juli das Licht der Welt erblickte, um so höhere Bedeutung bei, als es die auseinanderstrebenden Tendenzen innerhalb dieser gewerkschaftlich=politischen Partei unter einen Hut zu bringen bestrebt ist. In entscheidenden Punkten ist das aber nicht gelungen, und die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party), die als Rollektivmitglied die eigentliche politisch e Sektion der Labour Barty ist, beharrt auf ihrem Programm, das unter dem Schlag= wort "Sozialismus für unsere Generation" (Socialism in our time) bekannt ist. Sie empfiehlt ihre Kundgebung als Alternative zum Wahlprogramm der Labour Party. Von diesen Vorschlägen für einen Sozialismus, der in den nächsten 20 bis 30 Jahren in Großbritannien verwirklicht werden foll, wollen wir jett reden.

Der eigentliche Schöpfer und der intelligenteste und eifrigste Vertreter des «Socialism in our time» ist der Genosse H. L. Brailsford,

ehemaliger Redakteur des "New Leader", der Wochenzeitung der Independent Labour Barty.

Um Ofterkongreß 1926 in Whitby hat die Unabhängige Arbeiter= partei das Programm angenommen und seither dafür eine intensive und geschickte Propaganda entfaltet. Die Labour Party dagegen hat das Programm nicht einfach übernommen, sondern an ihrem Jahreskongreß im Oktober 1926 in Margate nur die Brüfung zugesagt, in der Meinung, das eine oder andere in ihr Brogramm aufzunehmen, mit dem sie bei den Unterhauswahlen vor die Wähler treten will. Nach der Auffassung der führenden Geister der Independent Labour Party ist das «Socialism in our time»=Programm nicht nur ein propagandistisches Zugstück erster Klasse bei den Wahlen, sondern es könne und müsse geradezu als Regierungsprogramm gelten, sofern die Labour Party nach den Wahlen als Mehrheitspartei das Staatssteuer ergreifen würde. Das Programm ist eigentlich nichts anderes als ein Plan für den Wiederaufbau der britischen Volkswirtschaft auf dem Wege der Sozialisierung lebenswichtiger Industrien.

Das Programm zerfällt in drei Hauptabschnitte: 1. Normal= lohn, 2. Familienzulage, 3. Staatsmonopole. Der Plan steht und fällt mit dem Normallohn, dem «Living Wage». Was ist unter «Living Wage» zu verstehen? Um besten kann man es vielleicht in Uebereinstimmung bringen mit dem "Kulturlohn" der deutschen Ge= werkschaften. «Living Wage» = menschenwürdiges Einkommen, ein neuer Normallohn. Das «Living Wage» ist mehr als ein Minimallohn. Mit dem menschenwürdigen Einkommen soll mehr bestritten werden, als nötig ist, um Leib und Seele beisammenzuhalten. Es soll über das hinaus einen gewissen Anteil an den Kulturgütern ermöglichen. "Jedem nach seinen Bedürfnissen" soll damit wahrgemacht werden. Ein Wocheneinkommen von 4 £ (zirka 100 Fr.), berechnet für eine fünfköpfige Familie, bestehend aus Eltern und 3 Kindern, gegen 30 sh (Fr. 37.50), wie es jetzt für breiteste Schichten der Arbeiterschaft Geltung hat, das dürfte bei dem heutigen Geldwert vielleicht dem «Living Wage» ent= sprechen. Aber die Bropagandisten des "menschenwürdigen Einkommens" lassen sich nicht bei einem auf einen Nenner gebrachten Wochensohn behaften. Das wäre Sache der Regierung. Sie soll dieses Einkommen fest= seken, oder aber der Gewerkschaftskongreß gemeinsam mit der Labour Partn.

Wage», wie wir es bezeichnen, ist eine so große Forderung und so solgenschwer für die Industrie, daß eine mutige und zielbewußte Anstrengung, sie zu erkämpsen, uns sosort in die ersten Stadien des sozialistischen Aufbaues bringen wird . . . Bis dahin haben die Sozialisten immer beshauptet, daß in dem Maße, wie Schritt um Schritt die Produktion sozialisiert werde, das Resultat dieses langen Entwicklungsprozesses eine gerechtere Verteilung des Reichtums und eine freudigere Zukunft für die

tommende Generation sein werde. Wir solgen dem umgekehrten Gedankengang. Wir verlangen schon heute kategorisch ein menschenwürdiges Einkommen und bedienen uns dieser Forderung als Hebel, um die Produktion so zu reorganisieren, daß sie diesem Verlangen der Menschheit zu
entsprechen vermag." ("New Leader", 1. Januar 1926.) "Ein menschenwürdiges Einkommen verlangen, heißt in deutlicher Sprache, nach dem
Sozialismus rusen." ("New Leader", 17. Upril 1925.)

Was weiter? Ungenommen, der Kultur= oder Normallohn wäre jetzt festgesett. Jedermann wüßte, was er von Rechts wegen als "menschenwürdiges Einkommen" erhalten sollte. Die Arbeitgeber würden ver= pflichtet — moralischer Druck, gewerkschaftliche Aktion oder Gesetz —, das «Living Wage» zu bezahlen. Für die betreffenden Arbeiterschichten bedeutet das eine beträchtliche Steigerungihres Einkommens. Die erhöhte Rauftraft der Massen wird sich sofort auf dem Warenmarkt geltend machen. Es wird eine wachsende Nachfrage nach Massenprodukten einseken. Die Absaktrise ist gelöst; der aufnahmefähige Inlandsmarkt verringert die Abhängigkeit vom Auslandabsatz. So weit so gut. Aber in der gegenwärtigen Verfassung der britischen Volkswirtschaft gibt es Produktionszweige, die den verlangten Kulturlohn beim besten Willen nicht zahlen können. So der Bergbau, die Textilindustrie und andere, von der Landwirtschaft gar nicht zu reden. Was tun? Wird man sie sozialisieren? Teilweise ja, teilweise nicht. Bon der Sozialisierung soll noch gesprochen werden. Diejenigen Produktionszweige, die nicht im Sozialisierungsplan inbegriffen sind, den Kulturlohn aber nicht bezahlen tönnen, sollen reorganisiert werden. Mit Hilfe des Staates wird man sie auf die Beine stellen. Man wird alle jene Magnahmen — freiwillig oder durch Geset - ergreifen, die unter dem Namen Rationali= Bis die Rationalisierung durchaeariffen sierung aehen. reorganisierten Industrien den Rulturlohn können, muß der Saat mit Subsidien aushelfen. Geht er dabei Nein, sagen Brailsford und seine Freunde. nicht pleite? Es wird sich nämlich zeigen, daß die gutgehenden Industrien, angeregt durch den gesteigerten Konsum, größere Erträgnisse abwerfen werden. Sie verweisen auf die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es steht aber zweierlei zu befürchten. Erstens, daß die Preise so steigen, daß sie den Kulturlohn illusorisch machen und einer Erhöhung des Kulturlohnes rufen — die bekannte Schraube ohne Ende. Zweitens, daß die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, die eigentlichen Nuknießer der veränderten Situation werden, die sich aber tatfächlich nicht geändert hat —, wie es unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immer so sein wird. Die Profitjäger sollen aber nicht noch mehr profi= tieren, die Kapitalisten sollen nicht noch mehr kapitalisieren dürfen. Man wird ihnen durch Besitsteuern das Handwerk legen. der bestehenden Einkommens=, Bermögens= und Uebersteuern (supertax) und neu: Erhebung einer Ertrasteuer (surtax). Damit wird man die Bermögensbildung der natürlichen und juriftischen Personen zurückbinden, einschränken. Die Akkumulation des Brivatkapitals verlangsamt sich oder sie hört gar auf. Der Profit, der Mehrwert, kehrt zurück in die Taschen der Arbeitenden. Eine weitere Folge davon wird sein, daß sich die Industrien der Massengebrauchsartikel ausbreiten, während die Luxusindustrien zusammenschrumpfen. Die Mehreinnahmen, die dem Staate aus den erhöhten Erträgnissen der Besitzsteuern zugehen, werden ihm erlauben, Subsidien zu überweisen an diesenigen Produktionszweige, die noch nicht in der Lage sind, von sich aus einen Kulturlohn zu bezahlen.

Mehr als das. Der Staat wird aus diesen Steuern auch Fami= lienzulagen (Family allowances) an die Lohnarbeiter bestreiten tönnen. Nach dem Programm des "Sozialismus für unsere Generation" hat der Staat für jedes Kind vom Tage seiner Geburt bis Ende des schulpflichtigen Alters 6,25 Franken (5 sh) pro Woche zu bezahlen. Die Family allowances bedeuten eine weitere beträchtliche Steigerung der Rauftraft der lohnarbeitenden Rlasse. Sie dürfte sich besonders auf dem Lebensmittel= und Kleidermarkt fühlbar machen. In den Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise wird, dank der höheren Löhne, zweimal soviel Milch getrunken als in England. Von den Möglichkeiten der Schul= und Berufsausbildung und der dadurch eintretenden Erleichterung des Arbeitsmarktes gar nicht zu reden. "Infolge der Familienzulagen und des Kulturlohnes wird das Einkommen der Arbeiterfamilien erhöht und die gesteigerte Rauftraft wird stimulierend einwirken auf alle Produktionszweige, welche der Massenversorgung dienen. Auf zweierlei Weise wird dadurch das Volkseinkommen gerechter verteilt. Mehr werden die mit Wachstum gesegneten Familien gerade dann erhalten, wenn sie es am notwendigsten brauchen können. Weniger vom Nationaleinkom= men wird auf den verschwenderischen Luxus der Reichen fallen. Dafür wird mehr übrig bleiben für die Herstellung von Nahrung, Kleidung, Wäsche und Schuhen, und die Kinder der Armen erhalten bessere Lebens= möglichkeiten." ("New Leader", 1. Jan. 26.) Kann der englische Staat diese Subsidien zahlen? Ja, sagt Brailsford: "England hat die Wahl zwischen Schlachtschiffen und gesunden Kindern. Es besteht kein Zweifel über den Entscheid einer aufgetlärten Demokratie."

Auf dem Kultursohn und den Familienzulagen beharren die Anhänger des "Sozialismus für unsere Generation" deshalb so ernst, weil sie davon die größten propagand ist ischen Borteile erwarten. "Gehe zum typischen Landarbeiter und verlange seine Wahlstimme zugunsten der Sozialisierung der Banken. Er wird sich kalt, verwundert oder steptisch verhalten. Rede zu ihm von einem Staatsmonopol sür Getreide, Fleisch und Wolle, und du wirst nichts anderes erleben. Statt dessen aber rede mit ihm von der Möglichkeit, daß jeder Arbeiter einen Lohn bekommen könnte, der ihm ein menschenwürdiges Leben sichert, und auf einmal wirst du sein Interesse wecken. Sprich mit seiner Frau über ihre Erfahrungen als junge Mutter und setze ihr auseinander, daß das Einkommen der Familie mit jedem neuen Kinde entsprechend zunehmen sollte, und daß das möglich ist, und du wirst sehen, daß Politik für sie einen alltäglichen Sinn bekommt." Will sie als Mehrheitspartei zur Regierung kommen, dann muß die Labour Party bei den nächsten Wahlen viele Landbezirke erobern und auch die Frauen viel stärker in ihren Bann ziehen. Unter diesem Gesichtspunkt versteht man sehr wohl die Argumentation des Genossen Brailsford.

Die Lohnarbeiter zu Stadt und Land sollen aufgerüttelt werden für einen "Frontalangriffgegen die Armut" und das «Living Wage» und die «Family allowances» sollen das ermöglichen. handelt sich bei unseren Freunden der J. L. P. nicht um einen gewöhn= lichen Schlager und um Wahlversprechen, sondern um ein ernsthaftes und realisierbares Programm; Wege und Methoden zu seiner Verwirklichung entsprechen einer bestimmten Strategie. Rulturlohn und Fami= lienzulage sollen eigentlich die Handhabe bieten, um baldige und draftische Eingriffe in die Wirtschaft des Landes zu erlauben. Es genügt nicht, gesetzlich ein «Living Wage» niederzulegen und die Besitzenden noch stärker zu besteuern. Wir müssen auch die Garantie haben, daß diese Maßnahmen nicht durch gewisse Manipulationen (Preissteigerung, Inflation usw.) illusorisch gemacht, ausgehoben oder in ihr Gegenteil gekehrt werden. Trot den bedenklichen Krisenjahren hat sich das britische Bolks= einkommen um zirka 12,5 Milliarden Franken jährlich vermehrt. Wenn auch neue Kapitalanlagen für Erweiterung und Verbesserung der Produktion notwendig sind, so halten sie sich nach den Berechnungen der Colwyn=Rommission doch in mäßigen Grenzen: Zirka 50 Millionen £ pro Jahr bis 1931, 18,400,000 £ von 1931 his 1936 und 8,000,000 £ von 1936 bis 1941. Die sinkende Rate ist auf das gleichfalls sinkende Angebot von jungen Kräften auf dem Arbeitsmarkte zurückzuführen, und das wiederum ist eine Folge des Geburtenrückganges während des Rrieges. Prof. henry Clay von der Universität in Manchester berechnete, daß drei Viertel der Sterbenden weniger als 2500 Fr. hinter= lassen. Ein Fünftel der Bevölkerung dagegen besitzt drei Viertel des Nationaleinfommens. Vermögen von weniger als 25,000 Fr. haben 95 Prozent der Bevölkerung. Er kommentiert diese Zahlen also: Meine Absicht ift, nur zu zeigen, wie sehr wir den Grundsat des Philosophen Bacon vergeffen haben, der in folgendem biffigen Wort gipfelt: "Eigentum ist wie Dünger; es ist nur nüplich, wenn es verteilt wird." Die Arbeiterklasse kann sich ihrer Ausbeuter nur erwehren, die weitere Afkumulation des Privatkapitals nur dann verhindern, wenn sie sich der Schlüssel zu den Machtpositionen der Wirtschaft versichert. Diese Machtpositionen sind: die Bant und die lebenswich = tigen Industrien. Also muffen die Banken, insbesondere die Bank of England, verstaatlicht werden. Die Geld= und Zins= politif wird dadurch nach volkswirtschaftlichen und nicht nach privat= wirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden. In Anlehnung an die Vorschläge des Nationalökonomen Reynes und des Bankdirektors Mc Renna von der Midlandbank wird eine Bankpolitik inauguriert, die zwischen der Schlla der Inflation und der Charybdis der Deflation durchzusteuern vermag. Das ewige, unbestimmte und ungestüme Auf und Ab der Preise für Rohstoffe und Lebensmittel kann dadurch, wenn nicht aufgehoben, so doch bedeutend eingeschränft werden. Den Spekulanten ist weniger Anlaß geboten für ihr eigennütziges und voltsschädeliches Treiben. Absatstrisen werden durch rechtzeitige Kredithilse untersbunden; neue voltswirtschaftliche Bedürsnisse können durch Staatstredit sinanziert werden. "Bir glauben, daß die Geld- und Kreditpolitik der ausschlaggebendste Faktor war für die großen Preisbewegungen der letzen Jahre. Wir wollen die Banken sozialisieren, um diese Fluktuation meistern zu können. Eine vorsorgliche Bankpolitik kann Hochstonjunktur und Niedergang vermeiden und damit dazu beitragen, daß der Arbeitsmarkt nicht erschüttert wird." ("New Leader", 8. Jan. 1926.)

Doch auch das genügt noch nicht, die Wirtschaft unter die sichere Herr= schaft des Volkes zu bekommen. Gewisse lebenswichtige Indu= strien müssen Staatsmonopol werden. Rohstoffe, Rohle, Baumwolle, Wolle, bilden die Grundlagen für bedeutende und lebenswichtige Industrien. Fleisch, Milch und Weizen sind haupt = sächlichste Nahrungsmittel. Sie dürfen nicht länger dem Brivatkapital und damit der Spekulation überlassen bleiben. Der Staat, die Gesellschaft, muß für geregelte Zufuhr, gute Ware und vernünftige Preise die Verantwortung übernehmen. Das ist die Aufgabe der Staats= monopole. Sie können in größeren Quantitäten einkaufen, aute Qualität bevorzugen und dank dem Staatskredit billigere Preise erzielen, als das dem Privatkapital möglich ist. Das schweizerische Getreidemonopol wird als Beweis angeführt. Darin aber erschöpfen sich die Vorzüge der staat= lichen Monopolwirtschaft nicht. Infolge der Verfügungsgewalt über die Rchstoffe und Hand in Hand mit seiner Bankpolitik kann der Staat seine Rontrolle auch auf die verarbeitenden Industrien erstrecken. Bei größerer Ausnukung seiner Produktionsmittel und namentlich bei rationeller Verkaufsorganisation könnte Großbritannien zweimal mehr produzieren als heute. Standardisierung und Inpisierung könnten mit Erfolg der kolossalen Verschwendung entgegenacheiten, ungezählte Millionen Franken dem Lande erhalten. Der Staat kann mit mehr oder weniger Zwang den technischen Fortschritt fördern, die kaufmännische Organisation modernisieren, die Preispolitik beeinflussen usw. Durch die Staatsmonopole wird der Zwischenhandel ausgeschaltet und comit die Händleranarchie und ihre Ueberpreise. Auch die Mühlen, die Kühlanlagen, die Milchhandelskonzerne gehen über in die Monopolwirt= schaft des Staates. Grund und Boden werden Eigentum des Staates und ihre Bewirtschaftung untersteht ebenfalls staatlicher Kon= trolle. Den Bemeinden wird die Erlaubnis erteilt, die Bedürfnisse ihrer Einwohner mit Bezug auf Rohle, Milch und Brot zu befriedigen. Selbstredend muß auch das hauptsächlichste Verkehrsmittel, die Eisen = bahn, in den Besik des Staates übergehen. Ohne daß die Löhne gekürzt oder die Arbeitszeit verlängert werden müßte, könnten die Eisenbahn= tarife ermäßigt werden. Bei staatlichem, statt privatem Bahnbetrieb würde die sinnlose Konkurrenz verschwinden und damit auch die schädliche Verwässerung des Kapitals. Eine weitsichtige Verkehrspolitik könnte das flache Land wieder bevölkern, den Industrien günstige Standorte anweisen und für den preiswerten Alfatz landwirtschaftlicher Produfte hervorragend beitragen.

Bei der zunehmenden und entscheidenden Bedeutung der Eleftri= zitätswirtschaft für Handel und Wandel versteht es sich, daß die Zentralen für Licht und Kraft nur Staats= oder Gemeindeeigentum sein können. Gerade durch die Beherrschung der Elektrizitätswirtschaft könnie die Rationalisierung der britischen Industrie in weitgehendster und billig= ster Weise durchgeführt werden. Eine leiftungsfähige Landwirtschaft ist bedingt durch die ausgedehnteste Anwendung elektrischer Energie. Bei finnfälligen Unfähigkeit des Unternehmertums, den englischen Bergbau wieder konkurrenzfähig zu machen und angesichts der gewaltigen Bedeutung dieser Industrie für die englische Wirtschaft wäre es unavweisliche Pflicht einer Arbeiterregierung, mit fester und weiser Hand hier durchzugreifen: Sozialisierung der Gruben; Eingehenlassen der unproduktiven Zechen und dafür Zusammenlegung der gutgehenden Schächte; Installation moderner Maschinen: neue Verwendungsmöglichkeiten der Kohle; einheitliche Verkaufsorganisation; Verständigung mit der ausländischen Konfurrenz.

Upostel des Sozialismus für unsere Generation erstreben wollen. Die Forderung nach Normallohn und Familienzulage muß die Sache in Schwung bringen. Rationalisierung der Wirtschaft wird die zwangsläusige Folge sein. Das arbeitslose Geinfommen wird derart besteuert, daß es nicht der Nutznießer der erstarkten Wirtschaft sein wird. Diesenigen, die von Unternehmerprosit, Grundrente und Kapitalzinsleben, müssen in Form von Steuern abgeben an diesenigen, die mit ihrer Hände Arbeit ihr Leben ehrlich verdienen. Volkswirtschaftliche Bankpolitisist das Sicherheitsventil am Staatskörper und Staatsmonopole sür lebenswichtige Rohstosse und Volksnahrungsmittel die Schlüssel zu den Machtpositionen des ganzen Getriebes.

So ungefähr denken sich unsere Freunde der J. L. P. ihr «Socialism in our time». Es ist ein Plan für eine Uebergangsperiode wischen Kapitalismus und Sozialismus. Das Uebergewicht, das darin dem Sozialismus bereits zugesprochen wird, ist so groß, daß sein voller Sieg in absehbarer Zeit klar in Erscheinung tritt: "Ein einfaches Programm ist es nicht, das wir vorschlagen. Es kann nur durchgekämpst merden in dem schärfsten und entscheidendsten Kampf in unserer Geschichte. Sowohl die politische wie die wirtschaftliche Waffe müssen eingesetzt werden, bevor an einen Sieg zu denken ist. Wir haben zweifache Beranluffung für unsere Haltung. Verbleiben wir passiv, begnügen wir uns mit defensiver Tattit, dann werden wir unter der Herrschaft der Kapitalisten noch auf ein niedrigeres Lebensniveau zurücksinken. Kapitalisten haben weder den Willen noch die Tatkraft für den Wieder= aufbau der Wirtschaft. Wir stellen uns die Reorganisation so vor, daß ein oufnahmefähiger Inlandsmarkt geschaffen, der Fluch der Armut beseitigt und dem Volksganzen die Macht erobert wird, um sein eigenes Leben neu zu ordnen durch die Herrschaft über Boden, Kredit, Verkehr und

Krafterzeugung. Die Nation, die diese Güter besitzt ist Meister über ihr Geschick."

"Ich höre die Botschaft, doch mir fehlt der Glaube", so tönte es aus den Reihen der intellektuellen Führer der Labour Party, kaum, daß die Gedanken des Genossen Brailsford und seiner Freunde bestimmte Form angenommen hatten. Genosse Macdonald stellte sich an die Spize der Kritiker. Es wird dem «Socialism in our time» vor= geworfen, es sei ein Werk von Stubengelehrten, sei am grünen Tisch entworfen worden, sei in Anlage und Ziel wirklichkeitsfremd. Ganz abgesehen von allen wissenschaftlichen Einwänden ist es ganz begreiflich, daß Macdonald und seine Leutnants, die als Mitarbeiter in der Arbeiterregierung in Frage kommen, von den Vorschlägen der J. L. P. nicht erbaut sind. In diesen Kreisen wird der "Sozialismus für unsere Generation" nicht als ein zugkräftiger Schlager für den Wahlkampf geschätt; ganz im Gegenteil. Besonders wird dem «Living Wage» nach= gesagt, es beruhe auf einem psychologischen Irrtum. Der Durchschnitts= engländer werde sich bücherweisen Gedankenkonstruktionen gegenüber fremd und abweisend verhalten und seine Wahlstimme nicht für unge= prüfte und in der Praxis nicht ausprobierte Projekte abgeben. "Der Sozialismus für unsere Generation" als Programm gedacht, das die Arbeiterregierung zu verwirklichen hätte, darauf wollen sich die soziali= stischen Regierungsmänner schon gar nicht einlassen, da es ihnen verhäng= nisvolle Fußangeln stelle und zu viele Unsicherheiten und Ungewißheiten aufweise. Ein Regierungsprogramm, das in allgemeinen Zügen gehalten ist und sich nicht auf ein bestimmtes Projekt nach Schema F versteift, das ist den Führern der Labour Party lieber, bürgt ihnen auch eher für einen Wahlerfolg und läßt ihnen die Freiheit, nach Ort und Zeit zu entscheiden.

Von gewerkschaftlicher Seite wird eingeworfen, daß die Auslegung des neuen Normallohnes zu unendlichen Streitigkeiten Anlaß geben und in Wirklichkeit zu der Einführung des Minimallohnes führen werde, eines Minimallohnes, der mit seinem Drum und Dran der Feststehung nicht nach dem Geschmack der Gewerkschafter wäre. Besser sei es, nach und nach eine maßgebende Kontrolle der Arbeiter in den Fabriken zu erobern, als dem Mythos des «Living Wage» nachzusagen.

Man wirft dem ganzen Plan auch vor, er sei eine Konstruktion im lustleeren Raum, weil er zu wenig Rücksicht nehme auf die tatsächlich bestehenden politischen Kräfteverhältnisse. Selbst eine Arbeiterregierung, die sich auf eine Mehrheit stüße, dürfe nicht in der vorgeschlagenen Weise Finanz- und Wirtschaftspolitik treiben, wolle sie sich nicht innerhalb kürzester Zeit unmöglich machen.

Was immer man auch gegen das Sozialisierungsprogramm der J. L. P. sagen mag, es ist doch ein Zeugnis dafür, daß in dieser Partei neben den Anforderungen des Alltagskampses die lebhafteste Anteilnahme besteht für kommende Dinge und daß sie bestrebt ist, Gegenwarts= und Zukunstsfragen mit sozialistischen Lösungen entgegen= zukommen. Das ist dankbar anzuerkennen.